

«Die Distanz zu den Behörden wächst»

Sowohl die Anzahl an Gemeinden als auch an Kantonen dürfte in den nächsten Jahrzehnten in der Schweiz abnehmen, ist Andreas Ladner (*1958) überzeugt. Im Gespräch erklärt der Politikwissenschaftler, wo die Gefahr bei immer grösser werdenden Verwaltungsgebieten liegt und was er vom Ansatz «Bürgerdienst für alle» hält.

Andreas Ladner, die Schweiz baut um. Durch Fusionen haben in den vergangenen Jahren unzählige Gemeinden ihre Eigenständigkeit aufgegeben. Verliert die Schweiz damit gewissermassen einen Kern ihres Föderalismus?

Tatsächlich ist es so, dass seit Beginn der 1990er Jahre in der Schweiz gegen 700 Gemeinden verschwunden sind. Aber keine Angst, es gibt immer noch über 2000 Gemeinden, und viele sind nach wie vor sehr klein. So gross ist die Gefahr also noch nicht. Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob es gelingt, starke und leistungsfähige Gemeinden zu fördern respektive durch Fusionen zu schaffen. Zudem muss diesen eine gewisse Eigenständigkeit erhalten bleiben. Dann muss man sich um die Gemeinden als tragende Säulen unseres politischen Systems keine Sorgen machen.

Gegenüber der «Berner Zeitung» sagten Sie, dass grössere Gemeinden besser planen können, sie an Eigenständigkeit gewinnen und professioneller geführt werden. Führen Fusionen auch zu Nachteilen?

Die Nutzung des Raums lässt sich in einem grösseren Gebiet besser gestalten. Grosse Gemeinden können auch mehr Aufgaben übernehmen, und wenn gewisse Aufgaben häufiger anfallen, dann kann man sie auch einfacher bewältigen, als wenn man sich immer wieder neu in die Materie einarbeiten muss. Sicher ist aber auch, dass mit der Grösse die Distanz der Bürger zu den Behörden zunimmt und sie weniger das Gefühl haben, auf die politischen Entscheidungen Einfluss nehmen zu können. Hier müssen Politik und Behörden Anstrengungen unternehmen,



Politikwissenschaftler
Andreas Ladner:
«Geschützte Werkstätten
darf es nicht geben.»

beispielsweise mit einer aktiven Informationspolitik und mit zusätzlichen Möglichkeiten, die Einwohner an der Politik beteiligen zu lassen.

Gibt es hinsichtlich der Bevölkerungszahl eine Richtgrösse, die erstrebenswert ist? Unter welcher Grenze macht eine Eigenständigkeit in der heutigen Zeit keinen Sinn mehr?

Man hat immer wieder versucht, eine optimale Gemeindegrösse zu bestimmen. Ich halte dies nicht für sehr sinnvoll. Sie können eine Wohngemeinde nicht mit einer landwirtschaftlich geprägten Gemeinde gleichsetzen; je nach Gemeindeaufgabe ist eine unterschiedliche Grösse optimal. Für mich stellt sich vielmehr die Frage, wie weit es staatsrechtlich sinnvoll ist, Kleinstgemeinden und grosse Städte theoretisch mit denselben Kompetenzen auszustatten. Man könnte ja auch festlegen, dass grössere und mit einer professionellen Verwaltung ausgestattete Gemeinden über mehr und breiter angelegte, eigenständige und abschliessende Entscheidungskompetenzen verfügen.

Interessanterweise werden die Kantone der Schweiz tendenziell eher wichtiger und tätigen einen immer grösseren Teil der öffentlichen Ausgaben.»

In unserer Region machte dereinst der Begriff «Kanton Ostschweiz» die Runde. Ist das die Zukunft, die Schaffung von noch grösseren Gebilden?

Wenn auf der anderen Seite der Kantonsgrenze wirklich auch andere Leute leben, so lassen sich diese Grenzen natürlich rechtfertigen. Interessanterweise werden die Kantone in der Schweiz tendenziell eher wichtiger und tätigen einen immer grösseren Anteil der öffentlichen Ausgaben. Man kann aber nicht einfach den Einflussbereich der Gemeinden und der Kantone weiter ausbauen. Hat man grosse, starke Gemeinden, braucht es nicht unbedingt noch einen starken Kanton. Ich finde Kantonsfusionen durchaus eine interessante Forderung, aber es braucht einen ganzheitlichen Ansatz – und realpolitisch liegen sie noch in weiter Ferne.

Eine Denkfabrik aus Zürich verlangt nun eine Art «Bürgerdienst für alle», um das Milizsystem am Leben zu erhalten. Was halten Sie davon?

Prüfungswert. Wir haben für viele politische Milizämter grosse Schwierigkeiten, genügend geeignete Kandidaten zu finden. Da ist es wichtig, über zusätzliche Anreize oder neue Modelle nachzudenken. Ein Bürgerdienst für alle dürfte allerdings in seiner konkreten Ausgestaltung sehr anspruchs-

voll sein. Nur schon müsste man sich einigen können, welche Aufgaben dazu gezählt werden. Mein Vorschlag läuft eher in Richtung eines milizmässigen Teilamtes, das in Form einer Teilzeitanstellung entschädigt wird. Entscheidend am Milizamt ist ja nicht, dass es nichts kostet, sondern dass die Politiker noch eine ausserpolitische Hauptbeschäftigung haben.

Wenn Sie ein Bild der Schweiz von 2050 zeichnen müssten, wie viele Gemeinden würden Sie eintragen?

Ich denke, es dürften weniger als 1000 sein – und sicher werden wir auch weniger Kantone haben.

Es gibt unzählige Unternehmen und Organisationen, die faktisch nur überleben, weil sie Städte oder Gemeinden als Auftraggeber haben. Kann man das als geschützte Werkstatt bezeichnen oder spielt auch hier der Wettbewerb, wie er sollte?

Das ist schwierig pauschal zu beantworten. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinden, Strukturhaltung um jeden Preis zu betreiben. Allerdings macht es auch wenig Sinn, bei der Vergabe von Aufträgen nur auf die direkten Kosten zu schauen. Geschützte Werkstätten darf es hier nicht geben. Man kann sich ja auch bei den anderen Gemeinden orientieren, was gemeinhin bezahlt wird. Letztlich entscheidend ist, dass nicht lediglich Einzelne profitieren, sondern die Allgemeinheit.

Interview: Marcel Baumgartner

Bild: Anne Morgenstern

Zur Person

Andreas Ladner studierte an der Universität Zürich Soziologie, Volkswirtschaft und Publizistik und promovierte 1990 mit einer Arbeit über die Schweizer Gemeinden. Für seine Habilitationsschrift mit dem Titel «Stabilität und Wandel von Parteiensystemen – Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen» erhielt er 2002 die Venia Docendi für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Von 2003 bis 2006 war Ladner Assistenzprofessor am Kompetenzzentrum für Public Management an der Universität Bern. Seit Frühjahr 2006 ist er Professor für Schweizerische Verwaltung und institutionelle Politik am IDHEAP Institut für öffentliche Verwaltung der Universität Lausanne. Er leitete verschiedene Forschungsprojekte des Schweizerischen Nationalfonds im Themenbereich der Kommunal- und Parteienforschung sowie im Rahmen des NCCR Democracy über die Wahlhilfe-Plattform «smartvote».